

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor der Entscheidung der Botschafter.

Briand besucht Stresemann. — Ratsbeschlüsse über Abrüstung und Weltwirtschaft. Schiedsvertrag mit Italien.

Paris, 9. Dezember. (WIB.) Die Botschafterkonferenz tritt heute nachmittag 5.30 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das einzige, was aus den heutigen Genfer Berichten der Morgenpresse hervorzugehen scheint, ist die Tatsache, daß der ganze Erfolg der Genfer Verhandlungen von den heutigen Beschlüssen der Botschafterkonferenz abzuhängen scheint. Je nachdem diese Konferenz sich heute mittag von den wichtigen Erklärungen der deutschen Delegierten befriedigt oder unbefriedigt erklären wird, wird in der Frage der Entwaflnung und der damit zusammenhängenden Militärkontrolle eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Dem „Petit Parisien“ zufolge scheint die französische Regierung plötzlich nicht mehr zu beabsichtigen, sich mit den bisherigen Maßnahmen, die Deutschland zur Erfüllung der noch ausstehenden „Verschlüssen“ in der Entwaflnungsfrage getroffen hat, zufrieden zu erklären. Das Blatt wirft Deutschland heute vor, einen absichtlich schlechten Willen bei der Erfüllung der von der Botschafterkonferenz mehrmals gemachten „Verschlüssen“, insbesondere in der Frage der Befestigung von Königsberg, der Frage des angeblich im Auslande angekauften Kriegsmaterials und der Reichswehr an den Tag zu legen. Seit mehreren Tagen wartet die Botschafterkonferenz vergebens auf „Präzisionen“ seitens der deutschen Regierung. Es liege auf der Hand, schließt der offiziös anmutende Artikel, daß bei einer derartigen andauernden „Verschleppungspolitik“ der deutschen Regierung die Atmosphäre des Mißtrauens nicht zerstört werden könne, ebenso wenig, wie sie die Annahme der Kompromißvorschlüsse erleichtere, die gestern noch in Genf zu triumphieren schienen. Aus dieser Darstellung ersehen wir deutlich wieder die Drohung der französischen Regierung, in der heute nachmittag anberaumten Sitzung der Botschafterkonferenz in der Frage der deutschen Verschlüssen, die prinzipiell bereits geregelt schienen, Deutschland in letzter Stunde wieder Schwierigkeiten zu bereiten.

Briand bei Stresemann.

Aus Genf wird amtlich gemeldet: Der französische Minister des Äußern Briand und Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann, dessen Befinden sich gebessert hat, sind heute mittag 12 Uhr am Sitz der deutschen Delegation zu einer Besprechung zusammengetreten.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Entwaflnung amtlich bestätigt.

WIB. meldet aus Genf: In den Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Artikels 180 des Versailler Vertrags in bezug auf die Königsberger Festung und über die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial und Halbfabrikaten ist noch keine Änderung eingetreten. Die Verhandlungen werden in Paris, wohin der Generalsekretär der Botschafterkonferenz Raffignol Mittwoch abend wieder abgereist ist, fortgeführt werden.

Der Rat zögert in der Abrüstungsfrage. Weltwirtschaftskonferenz am 4. Mai.

In der öffentlichen Ratssitzung am Mittwoch nachmittag genehmigte der Völkerbundsrat drei von Benesch eingebrachte Entschlüsse über die Abrüstungskonferenz. Die erste Entschluß war rein theoretischer Natur. Sie empfiehlt den Bundesvätern den Abschluß von Schiedsverträgen und bietet ihnen hierzu die, bisher noch nie gebrauchte, Vermittlung des Rates an. In der zweiten Entschluß wurde der Vorbereitungsausschuß aufgefordert, dem Rat „Vorschläge über die Einberufung der Abrüstungskonferenz zu machen und das Konferenzprogramm aufzustellen, sobald es der Stand der Vorarbeiten erlaubt“. Dabei warnen Chamberlain und Scialoja vor einer überstürzten Einberufung. Paul Boncour sprach demgegenüber den Wunsch nach möglichst baldiger Einberufung aus; angesichts des Standes der bereits geleisteten Vorarbeiten könne ein genau umschriebenes und begrenztes Programm bereits in der Wärtzung des Vorbereitungsausschusses aufgestellt werden. Die dritte Entschluß des Rates genehmigt die vom Ratsausschuß in der vergangenen Woche aufgestellten Richtlinien für ein schnelles Zusammen-treten des Rates im Fall von internationalen Verwicklungen, für die Durchführung finanzieller Unterstützung für einen angegriffenen Staat und für das An-Gang-bringen wirtschaftlicher Sanktionen zur Abwehr gegen einen Angreifer. Bei der Debatte hierüber bemerkte das holländische Ratsmitglied, daß man sich bisher zuviel nur mit der Abwehr eines bereits geschehenen Angriffes befaßt habe, statt das Hauptgewicht auf die diplomatische Verhinderung eines Angriffskrieges zu legen. In der Diskussion hierüber warnen Benesch und Boncour davor, Art. 16 (über die Sanktionen) hinter Art. 11 (über das grundsätzliche Recht des Rates, in diplomatische Konflikte einzugreifen) zurückzustellen; die Artikel seien alle gleich wichtig, der einzige Unterschied bestehe darin, daß sie nacheinander angewandt. Dabei vergessen sie, daß es besser ist, einen Konflikt im Keime zu ersticken, statt ihn zum Ausbruch kommen zu lassen.

In der folgenden vertraulichen Ratssitzung wurde der Beginn der Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 festgesetzt und nach längerer Aussprache nicht Amsterdam, sondern

Genf als Tagungsort bestimmt. Auf Vorschlag Deutschlands wurde der Oesterreicher Dr. Schüller zum Mitglied des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Deutsch-italienischer Schiedsvertrag.

Genf, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Schiedsvertrag haben zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen den Unterhändlern geführt. Es handelt sich um einen Schiedsvertrag, wie er in den Locarno-verträgen vorgesehen ist.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen über einen Vertrag schweben seit Monaten. Sie kamen nicht vorwärts, weil Mussolini mehr als einen Schiedsvertrag haben wollte. Er strebte einen Freundschaftsvertrag mit Deutschland an. Dabei verfolgte er die Absicht, mit den Verhandlungen über einen deutschen Freundschaftsvertrag auf Frankreich einen diplomatischen Druck auszuüben, sich eventuell den Bericht auf seinen Abschluß durch koloniale Konzessionen von seinen Frankreichs bezahlen zu lassen. Es war nur selbstverständlich, daß die deutsche Regierung sich nicht für solche diplomatische Intrigen hergab. Ebensovienig kam ein Garantiepakt in Frage; Deutschland hat jetzt am allerwenigsten Veranlassung, Italien eine Brennergrenze mit Oesterreich zu garantieren, die dem Selbstbestimmungsrecht kraft ins Gesicht schlägt.

So muß sich Italien mit einem Schiedsvertrag begnügen, wie ihn Deutschland bisher mit zehn europäischen Staaten abgeschlossen hat: mit der Schweiz (Dezember 1921), mit Schweden (August 1924), Finnland (März 1925), Estland (August 1925), mit den vier Locarnostaaten Frankreich, Belgien, Polen Tschechoslowakei (1. Dezember 1925), mit den Niederlanden (Mai 1926) und zuletzt mit Dänemark (Juni 1926). Dagegen ist der Schiedsvertrag mit Deutschland für Italien erst der dritte, da Italien in der Schiedsvertragsentwicklung zurückgeblieben ist und bisher nur mit der Schweiz einen — allerdings sehr weitgehenden — und mit Spanien einen Schiedsvertrag abgeschlossen hat.

Der endliche Abschluß des Vertrages mit Italien ist um so mehr zu begrüßen, als er den Gerüchten ein Ende macht, die sich an alle Vertragsverhandlungen des Faschismus knüpfen. Jeder Staat, der sich mit dem Faschismus in Verhandlungen einläßt, setzt sich zunächst dem Verdachte unreinlicher Absichten aus, da alle Welt bei den Verhandlungen des Faschismus mit Recht Bosheiten und Hinterhältigkeiten vermutet. So wiegt der politische Schaden, den jede Intimität mit dem Faschismus zur Folge hat, zunächst den Nutzen auf, der eine engere Bindung mit Italien auf die Dauer mit sich bringt. Daher kann der Schiedsvertrag mit Italien nur auf lange Sicht hin grundsätzlichen begrüßt werden. Er ist zugleich ein Beweis dafür, daß selbst der Faschismus, dessen Wesen die Gewaltpolitik ist, dem Geiste internationaler Schiedsgerichtsbarkeit Konzessionen machen muß.

Labours Mißtrauensantrag.

Unter Stimmenthaltung der Liberalen abgelehnt.

London, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde gestern abend im Unterhaus mit 339 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Die Liberalen enthielten sich der Stimme.

200 000 englische Bergarbeiter auf dem Pflaster.

London, 9. Dezember. (WIB.) „Morning Post“ zufolge sind jetzt ungefähr 800 000 Bergleute an der Arbeit, und man erwartet, daß sich ihre Zahl bis zum Jahresende auf 900 000 erhöhen wird. Ob die übrigen 200 000 vor dem Streik beschäftigt gewesenen Bergleute wieder eingestellt werden können, wird, so sagt „Morning Post“, u. a. davon abhängen, ob England seine früheren Märkte wieder erobern kann.

Reichswehr und Reaktion.

Oberst v. Lud, Olympia und Reichswehrminister Gessler.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung verlas Abg. Hellmann (Soz.) eine Erklärung gegen den Brief, den der Reichswehrminister Dr. Gessler an den Genossen Löbe gerichtet hat. Hellmann legte eine Anzahl von Briefen des Obersten von Lud vor, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß in zahlreichen Fällen Oberst von Lud junge Leute der Reichswehr zur Einstellung empfohlen hat, daß aber auch von sich aus Reichswehrstellen bei Oberst von Lud nicht nur nach der körperlichen Eignung, sondern auch nach der Gesinnung, d. h. der völkischen Gesinnung, der einzustellenden jungen Leute gefragt haben. Hellmann fügte hinzu, daß die von ihm vorgelesenen Schreiben dem Reichswehrminister jederzeit zugänglich waren, so daß seine gegenteiligen Erklärungen nur eine leichfertige Irreführung der Öffentlichkeit darstellen.

Der Kriminalprozess in Leipzig.

Notwendige Anordnungen.

Von Gustav Krüger, Polizeipräsident z. D.

Der Ausgang des Strafverfahrens gegen vier Kriminalbeamte und gegen fünf Taschendiebe in Leipzig lenkt den Blick der Öffentlichkeit mit starrem Entsetzen auf die Kriminalpolizei. Es ist glücklicherweise ein Ausnahmefall, aber niemand kann die Hand dafür ins Feuer legen, daß ein solcher oder ähnlicher „Ausnahmefall“ nicht an jedem Tage in jedem anderen Orte in Deutschland, in der die Kriminalpolizei einen wesentlichen Umfang hat, eintreten kann. Die Kriminalbeamten, die sich des Amtsverbrechens schuldig gemacht haben, sind insgesamt zu 20 Jahren Zuchthaus und zu 14 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Mit einer gewissen Berechtigung hat das Strafgericht die gemeinen Verbrecher aus der Junst der Taschendiebe etwas geringer, aber mit ähnlichen Freiheitsstrafen bestraft. Unter den Kriminalbeamten sind zwei Kriminalkommissare, also innerhalb der Kriminalbeamenschaft höhere Beamte, die übrigen sind Kriminalhauptwachmeister. Auch sie gehören nicht zu den kleinen Chargen, denn unter ihnen stehen noch einige Kategorien anderer Beamter.

Der außerordentliche Vorgang zwingt die maßgebenden Stellen und die Öffentlichkeit, sich mit der Kriminalpolizei, deren Wichtigkeit niemand bestreiten wird, näher zu beschäftigen. Da gerade die Wichtigkeit und die Vertrauensstellung, die die Kriminalpolizei einnehmen muß, nötigen dazu, hier die kritische Sonde und die bessernde Hand schnell und energisch anzulegen. Mit vieler Mühe und Arbeit und mit großem Aufwand an Energie und Kosten ist seit dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates die uniformierte Schutzpolizei errichtet, wiederholt umorganisiert, ausgebaut und auch in der Richtung der Personalpolitik so gestaltet worden, daß heute im allgemeinen gesagt werden kann, daß sie zum mindesten mit 50 Proz. aller Beamten als zuverlässig im Sinne der republikanischen Staatsordnung ist, daß ihre Kraft ausreicht, um Ausschreitungen zu verhüten und, wenn nötig, zu unterdrücken. Bei der grünen Polizei, die nunmehr fast vollständig in eine blaue umgewandelt worden ist, ist also viel getan, obgleich noch manches zu tun übrig bleibt.

Im Gegensatz dazu ist bei der Kriminalpolizei so gut wie gar nichts geschehen. Während der frühere „Blaue“ heute so gut wie vollständig verschwunden ist, findet man bei der Kriminalpolizei noch alle die alten Beamten und Gefichter wieder, die schon im Obrigkeitsstaat ihren Dienst getan oder zu tun unterlassen haben. Eine Blutausrüstung hat so gut wie gar nicht stattgefunden. Eine Ausbildung und Erleichterung, eine Einführung in das Gebiet der Kriminalwissenschaft ist unterblieben. Ich will damit nicht sagen, daß nicht guter Wille und beste Absicht vorhanden gewesen sei, um das zu erreichen. Tatsächlich aber ist so gut wie nichts geschehen. Die Bestrebungen nach einer einheitlichen und guten Landes- und Reichskriminalpolizei sind an politischen Widerständen bisher immer gescheitert.

Und doch verlangt geradezu gebieterisch die Zeit auch hier eine durchgreifende Arbeit. Der Kriminalbeamte ist in bezug auf die Ausübung seines Dienstes nicht zu vergleichen mit dem uniformierten Beamten. Während diesen die Uniform nötig, immer Beamter zu sein, verleitet die Zivilkleidung des Kriminalbeamten ihn gar zu leicht zum Anpassen an seine Umgebung, zum Hineingleiten in die hundertfachen Versuchungen, die sich ihm tagtäglich verlockend bieten. Mehr als jeder andere Beamte muß der Kriminalist gefestigter Charakter sein, und weniger Beamter als Vertrauensmann des republikanischen Rechtsstaates, dem er zu dienen hat. Das setzt voraus, daß einmal in bezug auf die Charaktereigenschaften und das andere Mal auch in bezug auf die Allgemeinbildung Anforderungen gestellt werden müssen, die nur durch besondere Auswahl erfüllt werden können. Menschen mit solchen Eigenschaften haben aber Anspruch darauf, daß ihre Kraft entsprechend bewertet wird. Das ist heute nicht der Fall. Die Mehrzahl der Kriminalbeamten erhält ihr Gehalt aus der Gruppe IV bis VII. Das sind Beträge, die den Beamten zwingen, einen ständigen Kampf mit wirtschaftlichen Sorgen und Nöten in seiner Familie zu führen. Nichts zermürbt den Menschen leichter als dauernde Sorge und Not. Und wenn er in einem solchen Zustande Versuchungen zum Dypor fällt, dann darf man die Schuld nicht einzig und allein auf seine Person schieben.

Der tüchtige und strebsame Kriminalbeamte muß, wenn er seinen Berufsansforderungen gewachsen sein soll, sich dauernd selbst bilden. Dazu gehört ein laufender Selbstunterricht, ein Studium der täglich auftauchenden Neuerungen auf den vielseitigen technischen, wirtschaftlichen, Verkehrs- und politischen Gebieten, das Studium von Kriminalliteratur. Das alles ist selbstverständlich nicht ohne geldliche Aufwendungen möglich. Es ist nicht angängig, ja unter Umständen sogar schädlich, damit zu rechnen, daß den Kriminalbeamten durch ihre erfolgreiche Tätigkeit ja immerhin erhebliche Zuwendungen in Gestalt von ausgelobten Belohnungen zufließen. Das Kapitel „Belohnungen“ ist eins der unangenehmsten innerhalb der Kriminalpolizei. Ihr Erringen ist nicht immer ein Beweis für besondere Tüchtigkeit und für hervorragende Leistungsfähigkeit. Oft spielt der Zufall eine große Rolle dabei. Wenn größere Belohnungen in die Hände von untüchtigen, charakter schwachen und nicht gefestigten Beamten fallen, werden sie keineswegs zur Folge haben, daß

Damit ein Ansporn zu persönlicher und dienstlicher Verbessernung eintritt. Vielfach und leider nur zu oft tritt das Gegenteil ein.

Ganz anders wie bei der uniformierten spielt sich auch der Dienst bei der Kriminalpolizei ab. Der in Zivilkleidung tätige Kriminalbeamte kann sich nur selten auf die Führung eines Vorgesetzten verlassen. Er steht selbständig allen Vorgesetzten gegenüber, die vielfach nicht nur gefährlich, sondern auch verantwortungsvoll sind. Infolgedessen ist das Vorgesetztenverhältnis bei der Kriminalpolizei auch ein viel kollegialeres und muß es auch sein, denn meist ist der Beamte bei der Ausübung des Dienstes mehr Kollege als Untergebener.

Es hat in der heutigen Zeit niemand das Recht, die Kriminalpolizei zu scheitern. Warum sollen die Schäden des alten Obrigkeitstaates nicht auch bei der Kriminalpolizei zutage treten, wie sie früher bei anderen Behörden und anderen Organen leider in noch viel höherem Maße bemerkbar geworden sind? Man komme nicht damit, daß nur in der unvollkommenen Republik Polizeikatastrophen wie die in Leipzig und die vor einiger Zeit durch den Rassenmörder Haarmann in Hannover zutage getretenen möglich seien. Wenn in Leipzig ein Sozialdemokrat Polizeipräsident ist, so muß man von Hannover schon sagen, daß der durch Jahrzehnte im Obrigkeitstaate bewährte Polizeipräsident heute noch seinen Dienst tut. Und dieser Polizeipräsident ist alles weniger denn Sozialdemokrat! Der alte Obrigkeitstaate hat auch schon seine Polizeistandards gehabt. Es sei nur an Köln erinnert. Die Kriminalbeamtenchaft steht sich auch nur aus Menschen zusammen, und diese Menschen sind aus dem subalternen Militärstaate in die Republik herübergekommen, ihnen haften alle Mängel und Unvollkommenheiten des verantwortungslosen Untergebener und die Gewöhnung an ganz andere Verhältnisse an. Die viel größeren Anforderungen des republikanischen Staatswesens haben bei ihnen ebenso wie bei allen anderen Beamtenkategorien Mißbehagen, Verärgerung, Boreingenommenheit ausgelöst und die Polizeibeamten ließen und lassen sich vielfach auch heute noch zu politischen Zwecken gegen republikanische Vorgesetzte und gegen den republikanischen Staat gebrauchen.

Besserung wird nur erreicht werden können, wenn dem umfangreichen Gebiet der Kriminalpolizei die Aufmerksamkeit der Regierung in vollem Maße zugewendet wird. Aber nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern auch die Mittel und die Möglichkeit sowohl in bezug auf die Personalfrage wie auf die Befolgung und Ausbildung der Beamten. Auch dazu gehört Geld, und dieses Geld haben die Landesparlamente und der Reichstag zu bewilligen, damit eine durchgreifende Umorganisation der jetzt verstreuten Kommunal-, Landes- und Reichspolizeikräfte zu einem einheitlichen Gebilde herbeigeführt wird.

Die Sicherheit des Staatsbürgers gegen verbrecherische Gewalt muß ebenso wie durch die uniformierte auch durch die Kriminalpolizei gewährleistet sein.

Politik der Ueberrumpelung.

Zentrumsworte ins Stammbuch des Herrn Scholz.

Der Scherbenhaufen, den der volksparteiliche Fraktionsführer Scholz mit seinen Reden in Ostpreußen hervorgezaubert hat, ist den anderen Regierungsparteien sehr wenig angenehm. Die „Germania“ schreibt Herrn Scholz einige Wahrheiten ins Stammbuch, die ihn vielleicht nicht ändern, aber sicher auch nicht gerade freuen werden.

Sie sagt, der Abg. Scholz mißachte das Zentrum bis zu einem Grade, daß er sich mehr Einfluß auf die Haltung des Zentrums zutraue, als dem eigenen Willen dieser Partei. Das Zentrum würde ihn aber endgültig von dieser Illusion befreien.

Die „Germania“ bestätigt diesem Scholz, daß er absichtlich Sand in die Regierungsmaschine werfe, um die Entwicklung, die sich anbahnte und die ihm unsympathisch war, zu stören.

Gegen die „Politik der Ueberrumpelung“, wie sie Scholz nicht zum ersten Male versucht, wendet sich das Zentrumsbüro mit aller Schärfe. Es nennt den Scholz-Gesang „eine der übelsten Kataphorien, die man seit langem zu hören bekommen hat.“

Sehr scharf und sehr deutlich ausgedrückt. Aber welche Mittel hat das Zentrum, um solche „Kataphorien“ seines Koalitionsfreundes für die Zukunft zu verhindern?

Die Ritter und ihre Acht.

Summoreske aus Bayern.

Aus alten Zeiten besteht in Bayern der sogenannte „Militär-Mag-Josef-Orden“, eine Auszeichnung, die für militärische Tapferkeit verliehen wurde und ähnlich dem Schwarzen Adlerorden hohenzollerischer Prägung den persönlichen Adel mit sich brachte. Dieser Orden war auch dem Nürnberger Lehrer Ludwig Rudolph verliehen worden, der als Offizier am Westtrier teilnahm. Ludwig Rudolph wurde dadurch zum „Ludwig Ritter von Rudolph“. Benigstens hat er das Recht, sich so zu nennen. Ob er es tut, ist seine Sache.

Nun hat dieser Nürnberger Lehrer aber eine Todsünde gegen den heiligen Geist des Militarismus begangen. Als nämlich in München der Dolchstoßprozeß verhandelt wurde und dort die bekannten Sachverständigen auftraten, um das „Verfälschen der Front und des Heimatlandes“ festzustellen, meldete er sich freiwillig als Zeuge, um seine Ergebnisse an der Front vorzutragen und zu beweisen, daß die Dolchstoßlegende innerlich vollkommen hohl und unwahrhaftig ist. Dieses freiwillige Bekenntnis zur Wahrheit hat ihm nun den Jörn der übrigen Ritter vom Mag-Josef-Orden eingetragen. Die alten Offiziere, die sich in ihren Offiziersvereinen zusammenfinden, haben ein vertrauliches Rundschreiben an die Inhaber dieses Ordens verschickt, in welchem das „Großkonzerant“ des Mag-Josef-Ordens auf „Verfügung des Herrn stellvertretenden Großmeisters“ mittelst, daß der Frontkämpfer Ludwig Ritter von Rudolph in die gesellschaftliche Acht erklärt werde, von keinem der übrigen Ritter zu grüßen sei und auch zu gesellschaftlichen Veranstaltungen nicht hinzugezogen werden dürfe! Von diesem Rundschreiben erfuhr Herr Rudolph erst durch die Presse. Er antwortet darauf jetzt in einem Offenen Briefe an jenen „stellvertretenden Herrn Großmeister“, den General a. D. v. Fasbender und sagt diesem alten Haudegen darin sehr kräftig die Wahrheit:

„Ich bin ungehört verurteilt und von dem Borhandensein und dem Inhalt der gegen mich gerichteten Verfügung durch nichts verständig worden. Eure Exzellenz scheinen diese Handlungsweise mit den Geboten der Ritterlichkeit vereinbaren zu können. Das Ritterkreuz des bayerischen Militär-Mag-Josef-Ordens, im Dienste des deutschen Volkes erworben, bedeutet mir eine ständige Mahnung, um dieses Volkes willen den Dienst an der Wahrheit höher zu achten, als die Rücksicht auf gesellschaftliche Bindungen. Seiner Ueberzeugung zu leben, ist ehrenhaft.“

Der von seinen Ritterkollegen in die Acht getatene Nürnberger Hauptlehrer scheint also auf die Meinung der alten Gemaßtenknöpfe bayerischer Stils zu pfeifen. Das ist uns viel sympathischer, als der „ritterliche Ehrbegriff“ jener Leute, die ihre veralteten Anschauungen aus der Monarchie in den neuen Staat hinübergerettet haben und sich dafür von der Republik Pensionen bezogen lassen, von denen ein Duzend arbeitslose Familien bequem auskommen könnten!

Die Krise der KPD.

Abermals 40 zum Ausschluß reif.

Wie aus Berichten der „Roten Fahne“ hervorgeht, ist die kommunistische Opposition ungemein rührig. Zwischen den Ausgeschlossenen und einem Teil der noch in der offiziellen Partei stehenden Funktionäre scheint eine enge Zusammenarbeit zu bestehen. So haben die Linken während des sogenannten „Kongresses der Werttätigen“ eine Fraktionsführung und am letzten Sonntag eine Reichskonferenz

abgehalten. In beiden Fällen gelang es dem Zentralkomitee, die Verhandlungen durch ihre Vertrauensleute überwachen zu lassen.

In der Fraktionsführung soll Bentwich-Jetzt erklärt haben, mit 20 festen Anhängern könne man noch keine Spaltung machen, darum müsse man die oppositionellen Gruppen im Lande stärken, um die Spaltung zur gegebenen Zeit durchführen zu können. Ferner beschäftigte sich die Fraktionsführung mit der Aufforderung des Präsidiums der erweiterten Exekutive an Maslow, Ruth Fischer, Uebachs, Schoke und Schwan, ihren Einspruch vor dem Forum der erweiterten Exekutive zu begründen. Zu dieser Aufforderung erklärte Ruth Fischer, daß die Aufforderung nur ein taktisches Manöver der Exekutive sei, um die führenden Gruppenmitglieder aus Deutschland wegzubekommen. Im Zusammenhang mit dieser Behauptung erklärte Ruth Fischer: Wenn der Versuch gemacht werden sollte, sie in Rußland festzuhalten, würden sie sich an die deutsche Regierung wenden.

An der Reichskonferenz der Linken nahmen neben den Ausgeschlossenen etwa 40 nach nicht Ausgeschlossene teil, darunter Schleich, Epstein, Barfels, Gustav Müller, Gehrmann, Schade, Wischerop, Deutschmann, Wähnen, Hillföper, Max Heffe, Reinhard, Jonni Hamburg und Bentwich.

Zwei Ueberschriften und eine Lücke.

Wahrheiten der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ sagt bekanntlich immer die Wahrheit. Wer was anderes sagt, ist ein Lügner.

Finden wir da in der „Roten Fahne“ zwei Meldungen, deren Ueberschriften für sich sprechen.

Die Führer der KPD. Italiens in höchster Lebensgefahr.

Ein Gewaltstreik gegen die Sowjetvertretung in Italien.

Man kann sich denken, wie ausregend es ist, was unter diesen Ueberschriften zu lesen ist. Uchitscherin aber hat bei seinem bekannten Interview vor Vertretern der bürgerlichen Presse die glänzenden Beziehungen Sowjetrußlands zu Italien gelobt. Die Wiedergabe dieses Interviews in der „Roten Fahne“ hatte an dieser Stelle eine ganz unbegreifliche Lücke. Diese Stelle der Ausführungen Uchitscherins wurde den deutschen Kommunisten nicht präsentiert.

Voraus man wieder ersehen kann, die Freundschaft Rußlands zu Sowjetrußland ist gut für die Reklame der russischen Kommunisten unter den Bürgerlichen. Die schmachvolle Vergewaltigung der Kommunisten in Italien ist gut für die Reklame der deutschen kommunistischen Partei unter ihren Freunden.

Man sieht: es hat jedes Ding zwei Seiten, nicht nur die Geschichte der Sowjetrußlands für die deutsche Reichswehr.

Die dänische Kabinettsbildung.

Bürgerblock oder Rechtsregierung?

Kopenhagen, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der König hat den Führer der Benfite (Bauernlinken), Keergaard, nach Befragung sämtlicher Parteiführer mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Er ersuchte, die Möglichkeit eines Sammlungsministeriums aus allen Parteien zu prüfen und erst in zweiter Linie eine Parteiregierung herbeizuführen. Der bisherige Ministerpräsident, Genoffe Stauning, erklärt in einem Zeitungsinterview, daß die Sozialdemokratie sich an einem Sammlungsministerium nicht beteiligen könne. Damit muß der Plan einer Regierung aus allen Parteien als gescheitert gelten. Es bleibt jetzt die Frage, ob ein Bürgerblock zustande kommt oder ein Kabinetts aus beiden Rechtsparteien. Das neugewählte Parlament soll am 17. Dezember eröffnet werden.

Die Ersparnisse durch Personalabbau in Preußen werden in einer Uebersicht, die dem Landtag übergeben wurde, mit 36,3 Millionen Mark beziffert. Die Mehrausgaben, die bei dem Personalabbau entstanden, sind dabei vorweg in Abzug gebracht.

Schiffe der Toten.

Von Erwin Frehe.

Wer kennt ein Totenschiff?

Ich meine nun nicht einen stiegenden Holländer, der mit einer unheimlichen Gespensterbemannung fremde Fahrzeuge in Schrecken jagt, oder ein von Freibeutern ausgeraubtes, menschenloses Segelschiff, das in grauenvoller Einsamkeit durch den Ozean fliehet, auch keine gestrandete Bark, die die Wogen zurück ins Meer holt, um ein Spielzeug zu haben, sondern eben ein Totenschiff.

Auf allen Meeren der Welt kann man sie treffen mit Fracht und Mannschaft. Nur, daß diese Mannschaft stündlich den Tod vor Augen hat und sich darum, scheint es, auch nicht viel aus ihm macht. Weil aber doch immerhin ein normaler Mensch mit einem einwandfreien Paß oder Seemannsbuch solche eisige Kameradschaft nicht gerade als wohltuend empfindet, so kommen auf solchen Schiffen meistens die Desperados des christlichen Seemannshandwerks, Nationslose, Abenteurer und Gestrauchte zusammen.

Solch Schiff ist unter den Wasserfahrern das, was ein achtzigjähriger Greis der Menschheit bedeutet: man steht bei beiden, daß ihre letzte Stunde durchaus nicht in grauer Ferne liegt. Stirbt nun der Mensch, dann holen sich — falls er versichert war — die traurig-irdlichen Erben den Geldbogen der Versicherung.

Auch die Schiffe haben eine Police. . .

Soll die Reederei etwa das halbverrotte Schiff mit den technischen Einrichtungen der Uragrößterzeit im Hafen festlegen und warten, bis die letzte Todesstunde von selbst zu dem alten Kasten kommt? Soll sie den Patriarchen aus dem Bekker ziehen? Als Altmaterial verkaufen? Ja, dann könnten keine Menschen seelisch zwischen Tod und Sterben stehen, aber, aber, was meint man, was die Versicherungsgesellschaft tun würde? . . .

Darum also müssen Totenschiffe fahren mit Menschen, die mit einem Bein noch feste auf der Erde stehen und mit dem anderen schon im Nichts versinken.

O, es ist eine Fahrt auf den grünen, märchenumwogenen Meeren. Verschollene Sagen klingen es da manchmal vom frohigen, waghastigen Störbecker, von den fähigen Ausfahrten mutiger Wikinger, von Nord, Brand und lohenden Schiffen, die den Piraten vor Beute wurden. Döbel! Heute ist das alles Technik, kühle Organisation, Tarifvertrag und Kursroute. Romanistik und Abenteuer verweisen am Golgen.

Aber die Totenschiffe fahren und fahren. . . Niemand kennt sie. Sie erscheinen in keiner Statistik. Wie eine unwirkliche Fabel ist das Leben derer, die auf solchen Kasten ihrem nassen Grab zuliegen. Ihr Leben bedeutet eine stete Folter. Denkt man gar an die „Schwarze Bande“, an Heizer und Rehlenszieher, die unten, vor den höllischen Feuern, jeden Augenblick als den letzten ansehen können, bis, wenn das Schiff abtaucht, fast unmerklich verbrennen oder versinken, dann erlöst man wohl ein wenig von der teuflischen Marter, die für die Totenschiffleute Alltäglichkeit ist.

Entwird da einmal ein junger Mensch aus der Fremdenlegion, schlug sich tapfer durch Wälder, Uebeln und blutdürstige Beduinentämme hindurch und gelangte schließlich im Taumel seiner gewonnenen Freiheit auf solch ein Schiff. Schon nach wenigen Tagen

glaubte er, daß es besser gewesen wäre, in der Legion zu bleiben. Alle erlittene Knechtung dünkte ihm gering gegen diese ewige Tortur des Toderwartens.

Aber davon weiß ja niemand. . .

Geschichten aus dem Mittelalter sind das, Legenden von einst — Wirklichkeit?

Es ist die schauerliche Romanistik von heute. Totenschiffe durchsuchen alle Ozeane. Gibt es doch so viele Menschen, deren Vergangenseit irgendwie abwegig ist und die doch leben, atmen möchten, auch wenn es nur noch ein Röcklein auf einem morgen untergehenden Schiff ist. Der Wille zum Leben triumphiert bis zur letzten Sekunde.

Trotzdem ihnen allen der Tod wartend im Nacken ligt. . .

Wie dünnemals bei Mutter Gräberlein, so gemütlich ging es gestern im Theater in der Bühnenstraße zu. Es gab „Die türkischen Gurten“, ein Schwank von Max Real und Max Ferner. Die beiden Autoren haben sich eine Masse Arbeit gemacht. Sie haben aus den wirksamen Stellen von Pölsen ältesten Genres eine Art Schwankgulasch hergestellt und damit den Geschmack der unbefangenen Zuschauer des Theaters in der Bühnenstraße getroffen. Das Publikum quälte den ganzen Abend vor Vergnügen. Den Stoff bieten wieder einmal die Seitensprünge schmer verheirateter Pantoffelhelden. Die Angst, daß alles herauskommen könnte, führt zu allerhand Verwicklungen, die wieder zu derber Situationskomik Anlaß geben. Es wird viel für's Eintrittsgeld geboten, sogar ein Harem mit Obereimuchen und Bandhantzen erscheint auf der Bühne. Dem Vorstadtkarakter des Schwanks entsprechen auch die darstellerischen Leistungen. Die Unbeholfenheit der Mehrzahl der Schauspieler belustigt fast mehr als die routiniertere Komik der drei Hauptdarsteller Max Walden, Friß Ritterfeld und Friß Kalmann. Kalmann spielt einen Oberlehrer mit eiserner Pedanterie. Das Theater in der Bühnenstraße scheint hier eine starke komische Begabung einzuatmen zu haben. Seine bewußt aufgetragene Trägheit wirkt zwerchfellerschütternd.

Gefahr für den Zuschauerraum des Opernhäuses. Die Berliner Akademie der Künste beschloß neulich eine Warnung, bei der jetzigen Umgestaltung auch das Innere des Berliner Opernhäuses zu berühren. Auch die neuen Pläne des Umbaus, die Geheimrat Fürstenau vom preussischen Finanzministerium vorlegte und die mit ihrer Fortsetzung der seitlichen Risikofronten eine so wesentliche Umgestaltung des ganzen Außenbildes brachten, enthielten von einer Umgestaltung des Zuschauerraumes nichts, sondern nur eine profanisch billigenwerte Umlegung der vorderen Treppen, der Rassen und Aktenlageräume. Aber die Warnung der Akademie scheint doch nicht grundlos zu sein. Schon nicht mehr mit Ueberschauung darf man, doch jetzt ein Umbau auch im Zuschauerraum geplant wird. Und zwar soll nicht nur das Prozenium umgestaltet werden. Für das Raumbild noch gefährlicher muß die in Aussicht genommene Rückverlegung der Rangstufen werden; sie durchläßt die bisher geschlossenen Rangwandungen, sie nimmt dem Zuschauerraum jenen einzigen Eindruck edler Würde, der ihn auszeichnete — die Akademie nennt ihn „einen der künstlerisch wertvollsten Theaterräume in der ganzen Welt“. Obendrein hat sich, als die Akademie des Bauwesens neulich den Umbau beschloß, ein wenig schönes Bild: unbedürftig und rücksichtslos, ohne das Gefühl,

hier eines der schönsten Werke Lübersiner Raumkunst hüten zu müssen, wird im kleinsten wie im größten vorgegangen. Wenn das so weiter geht, muß man einfach pausieren alles neu malen, neu bespannen, neu beziehen — und das Opernhaus ist bis auf die Maske der Lindenfront ganz und gar zerstört.

Dr. Max Osborn hielt in den Räumen der Deutschen Kunstgemeinschaft im Schloß einen Vortrag über das Thema: „Wie betrachte ich ein Kunstwerk?“ Er warnte daher, mit vorgefaßten Grundfragen und überlieferten Anschauungen an ein Kunstwerk heranzutreten. Es darf sich nicht darum handeln, was man selber über das Kunstwerk zu sagen hat, sondern es ist vielmehr wesentlich, was das Kunstwerk uns sagen will und sagen kann. Jedes Kunstwerk ist eine Frage an uns, nicht eine Antwort auf unsere mitgebrachten Kunstbegriffe. Daher darf man nicht ein Urteil schnell formulieren, sondern man muß versuchen, sich auch in das Kunstwerk hineinzulieben, dem man im ersten Augenblick fremd gegenübersteht. Denn alle „moderne“ und heute selbstverständliche Kunst ist einmal ebenso lebhaft abgelehnt worden, wie sie heute — besonders in der Architektur — anerkannt wird. Aber es haben sich nicht etwa die Künstler, sondern unsere Kunstanschauungen gewandelt, wir haben gelernt, die Schöpfungen der modernen Meister zu sehen. Dr. Osborn zeigte nun den Weg, wie er ein Kunstwerk betrachtet. Er betonte, daß er absichtlich die Frage formuliert hätte: „Wie betrachte ich ein Kunstwerk?“, und daß er keinesfalls dieses „ich“ in „man“ umgedeutet wissen wollte. Es mag viele Wege der Kunstbetrachtung geben, und der Weg, der ihm gemäß sei, mag anderen nicht zuzugewandt. Er geht von einer von ihm als „Hauptpunkt“ empfundenen Stelle des Bildes aus, in der er gleichsam eine Konzentration der Bildabsichten erblickt, die der Künstler darin unbewußt gibt. Von diesem Punkte her erarbeitet er sich das Kunstwerk. Dr. Osborn demonstrierte an praktischen Beispielen, die zugleich einen Einblick in die Kunstentwicklung seit dem Impressionismus gaben, diese Art seiner Kunstbetrachtung. Es.

Der Orientalische Lesesaal der Preussischen Staatsbibliothek, der bisher den Benutzern nur bis 8 Uhr zugänglich gemacht werden konnte, ist von jetzt ab ebenso wie der große Lesesaal der Staatsbibliothek bis 9 Uhr abends geöffnet.

Das Berliner Sinfonie-Orchester veranlaßt am 12. abends 8 Uhr, im Hübner-Saal unter Leitung von Emil Schnelz einen Wiener Abend. Solistin des Abends ist Stella Eisner (Sängerin).

Mary Wigman hat ein neues Tanzwerk komponiert, das sie mit ihrer Gruppe Anfang Februar in Berlin zum erstenmal vorführen wird.

Eine völkerverständliche Preisaufrage. Die deutsche Gesellschaft für Völkerverständigung schreibt eine Preisaufrage aus: „Wesen und Grenzen der internationalen Geschichtswissenschaft und Geschichtsbildung als Grundlage für das Völkerverständnis der Zukunft.“ Die Preisarbeiten sind unter einem Vermert bei dem Rieker Institut für internationale Recht bis zum 15. März 1928 einzusenden. Der Preis beträgt 10000 M.

Ein Beethoven-Archiv soll dem Beethoven-Gaus in Bonn anlässlich des auf den 26. März 1927 fallenden 100. Todestag des Komponisten angelegt werden. Das Archiv soll eine möglichst umfassende Sammlung der gesamten Beethoven-Literatur und sämtlicher Ausgaben von Beethovens Werken enthalten, ferner alle sonstigen zum Studium Beethovens und seiner Zeit notwendigen Materialien.

Wollte Rußland 1914 den Krieg?

Ein Bericht des „lieben Bourzel“ aus Petersburg und Wilhelm's Randbemerkungen dazu.

In der Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes über die Politik der Großmächte 1871/1914 wird jetzt ein Bericht des Petersburger Botschafters Grafen Pourtales an den Reichskanzler Bethmann-Hollweg veröffentlicht. Er ist vom 11. März 1914 datiert und enthält eine ausführliche Betrachtung darüber, ob die russische Politik beabsichtigte, in den nächsten Monaten einen Krieg zu entfesseln. Während der Botschafter diese Frage verneint, verzieht Kaiser Wilhelm II. seine Ausführungen mit ironischen und herablassenden Randbemerkungen, die der gegenseitigen Ansicht Ausdruck geben. Das Hauptstück der Pourtales'schen Darlegungen mit den kaiserlichen Randbemerkungen an den betreffenden Stellen in Klammern dahintergesetzt lautet:

„Die in dem Petersburger Bericht der „Kölnischen Zeitung“ an die russischen Rüstungen geknüpften Betrachtungen haben den Eindruck erwecken müssen, als bereite sich Rußland planmäßig auf einen in drei oder vier Jahren gegen Deutschland zu führenden Krieg vor. (Das ist auch so! Ganz unbedingt!) Diese Ansicht halte ich für falsch. (Dann irrt sich Erzengel.) Ich glaube nicht, daß in Rußland Regierung und Volk einen solchen Krieg wünschen und ihn für unermesslich halten, noch viel weniger glaube ich, daß hier irgendwelche maßgebenden Faktoren ein politisches Programm verfolgen mit dem Ziele eines Konfliktes mit uns. (Das ist Rassenfrage! Und Gefühlsache, bei denen sogenannte „maßgebende Faktoren“ die Geschobenen sind und nichts zu sagen haben.)

... Gewiß verdient das, was auf militärischem Gebiet neuerdings hier geschieht, die ernsteste Beachtung unserer militärischen Kreise, daß aber das allmähliche Bekanntwerden des Umfangs der russischen Armeevermehrung plötzlich eine Situation für uns enthielt hätte, bei welcher wir mit aggressiven Plänen uneres östlichen Nachbarn in einigen Jahren rechnen müßten, (Unbedingt ja!) vermag ich nicht zuzugeben. Vor allem scheint es mir augenblicklich an Persönlichkeiten hier zu fehlen, welchen derartige weitausschauende Pläne zuzutrauen wären und welche die Stellung, sowie den Einfluß besäßen, diese Pläne ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Die friedlichen Gesinnungen des Kaisers Nikolaus sind gewiß über allen Zweifel erhaben. (Ebenso seine absolute Unzuverlässigkeit und Schlappheit einem jeden Einfluß gegenüber.) Daß es unter den russischen Generälen manche gibt, welche einen Krieg im Bunde mit Frankreich gegen uns und Oesterreich gern sehen würden, ist gewiß ebenso wenig zu bezweifeln, als daß es krieglustige Elemente in jeder Armee gibt. (Uebliche Phrase des pikierten Diplomaten des Jahrhunderts.) Vorher zu sagen, wie es in drei bis vier Jahren aussehen wird, scheint mir an sich gewagt, wenn man nicht die Gabe besitzt, in die Zukunft zu schauen. (Diese Gabe kommt vor! Bei Souveränen öfter, bei Staatsmännern selten, bei Diplomaten fast nie.)

Nachdem der Botschafter seinen Zweifel Ausdruck gegeben hat, daß Rußland bewußt und planmäßig einen Krieg zuseuert, so ist er in dem letzten Teil seines Berichts doch auch „weit entfernt davon, die Gefahren zu unterschätzen, welche das Treiben der russischen Nationalisten, die Heereien der französischen Chauvinisten und das Verhältnis Rußlands zu Oesterreich mit sich führen“. Er will dabei nicht behaupten, daß die russischen Nationalisten alle zum Kriege hegen. Ein sehr großer Teil, wohl der größte Teil verfolge nur das Ziel, Rußland wirtschaftlich und kulturell vom Auslande unabhängig zu machen. Innerhalb dieser großen nationalistischen Partei bilden die kriegerischen Nationalisten eine verhältnismäßig kleine Gruppe, die aber aus dem Grunde nicht ungefährlich sei, weil sie äußerst rührig sei, über einen großen Teil der Presse verfüge und in einflussreichen Kreisen ihre Vertreter habe. Pourtales berichtet dazu, daß der Außenminister Sazonoff überzeugt sei, daß hinter den deutschfeindlichen Heereien sehr viel Regierungseindliche Umtriebe stecken. Daß die russische Regierung angesichts solcher Treiberien ihre Ohnmacht bekenne, gegen die Presse etwas zu tun, scheint Graf Pourtales ein bedenklicher Beweis ihrer Schwäche zu sein. In dieser Schwäche, die von französischer Seite reichlich ausgenutzt werde, erblickte er „die Gefahren der gegenwärtigen Lage weit mehr als in der angeblichen planmäßigen Vorbereitung des Angriffskrieges durch die leitenden Faktoren“.

In seiner Schlussbemerkung schreibt Wilhelm dazu: „Der liebe Bourzel (statt Pourtales) hätte diesen Bericht lieber ungeschrieben lassen sollen!... Ich als Militär hätte nach allen RUMMEL Nachrichten nicht die allergeringsten Zweifel, daß Rußland den Krieg systematisch gegen uns vorbereitet; und danach führe ich RUMMEL Politik.“

Ein Russenskandal.

Anrufung der deutschen Behörden.

In Berliner Sowjetkreisen wird eine neue Skandalaffäre in der hiesigen Vertretung der staatlichen Getreidehandels-L. G. „Chleboprodukt“ viel besprochen. Den Posten eines Berliner Vertreters der „Chleboprodukt“ bekleidete bis zuletzt Herr Miller-Mahlis, eingeschriebenes Mitglied der russischen kommunistischen Partei und früherer Ernährungskommissar der Wolgarepublik Sowjetrepublik. Vor wenigen Wochen trat er unerwarteterweise zurück mit der Motivierung, daß er die lokale Handlungswelt der „Chleboprodukt“ gegenüber seinen ausländischen, darunter auch deutschen, Vertragsfirmen nicht billigen könne. Zwischen der „Chleboprodukt“ und diesen Firmen besteht nämlich seit einiger Zeit ein Konflikt, der durch den Versuch der „Chleboprodukt“ hervorgerufen worden ist, sich von ihren vertraglichen Verpflichtungen zu befreien. Auf russischer Seite wird nun behauptet, daß Miller-Mahlis bei seinem Rücktritt die ihm als Vertreter der „Chleboprodukt“ zur Verfügung stehenden recht erheblichen Summen zurückbehalten hat, ohne der Direktion der Gesellschaft eine Abrechnung vorzulegen. Von seinem Vorgesehnen wurde Miller-Mahlis nach Moskau zitiert, kam aber aus begründlichen Gründen dieser „Einladung“ nicht nach. Wie verlautet, beschäftigt die „Chleboprodukt“, Anzeige gegen Miller-Mahlis bei den deutschen Gerichtsbehörden zu erstatten.

Der deutsche Einheitsstaat. Der Deutsche Republikanische Reichsbund beabsichtigt, im Februar 1927 in Darmstadt eine große republikanische Führerversammlung abzuhalten, die sich mit der Frage der Schaffung des deutschen Einheitsstaates befaßt werden wird, und an der Vertreter aus Hessen, Hessen-Raffau, Baden, Württemberg, Bayern und der Pfalz teilnehmen werden. Die Tagung soll schärfen ein Bekenntnis der süddeutschen Staaten zum deutschen Einheitsreich.

Ein politisches Preisauschreiben über das Thema „Wie kann in der deutschen Republik die Staatsgestaltung befestigt werden?“ veranstaltet die Königsberger „Hartungische Zeitung“. An dem Preisauschreiben kann sich jeder beteiligen. Die Bedingungen sind beim Verlag der genannten Zeitung zu erfahren.

Der neue Sprit- Skandal.

Die Rolle der Brüder Schwarz. — Monopolant und Provisionen.

Die Aufdeckung der merkwürdigen Vorgänge, die sich bei der Errichtung der Spritreinigungsanstalt des Reichsmonopolamtes in Ronheim abgespielt haben, erscheinen bei näherer Betrachtung der Dinge immer eigenartiger, und es scheint fast so, als ob außer den behördlichen Untersuchungsinstanzen auch die Parlamente sich mit dieser Angelegenheit noch eingehend werden beschäftigen müssen.

Zunächst muß bei der Erörterung des gesamten Komplexes die Rolle der fünf Brüder Schwarz festgestellt werden, die hinter den Kulissen einen so wesentlichen Einfluß auf maßgebende Persönlichkeiten in der Monopolverwaltung ausgeübt haben und die es verstanden, Verträge mit dem Monopolamt, also indirekt mit dem Deutschen Reich abzuschließen, von denen man wohl sagen kann, daß sie dem zweiten Vertragsantrahenten, nämlich dem Reich, bestimmt nicht zum Nutzen gewesen sind. Die Brüder Schwarz waren schon vor dem Kriege als außerordentlich finanzkräftig im ganzen Rheinland, besonders aber in Köln, bekannt. Sie spielten schon damals im internationalen Sprithandel eine führende Rolle und haben während der Kriegszeit die Herzesverwaltung mit Alkoholmengen beliefert, die in die Millionen gingen. Diese Tätigkeit, die an sich durchaus legal gewesen sein mag, machte die Brüder Schwarz zu außerordentlich wohlhabenden Leuten, die einen großen Teil ihres Vermögens in Grund und Boden anlegten. Allein in der Umgegend Kölns haben die Schwarz

Grundbesitz von etwa 400 bis 500 Morgen.

se verfügen über einen erheblichen Häuserkomplex, nicht nur in der rheinischen Hauptstadt, sondern auch in Berlin. Trotz der Riesengewinne, die ihnen ihre Geschäfte abwarfen, haben sich die Brüder Schwarz auch auf andere Unternehmungen eingelassen, die sie schließlich mit dem Geheiß in Konflikt brachten und 1919 dazu führten, daß Heinrich Schwarz zu einer für damalige Zeiten immerhin sehr erheblichen Geldstrafe von einer Viertel Million Mark wegen unerlaubter Spritgeschäfte verurteilt wurde. Bald darauf wurde ein anderer der Brüder in der Schweiz zu der noch höheren Strafe von einer halben Million Franken verurteilt, weil er in Eisenbahnantennen, die einen doppelten Boden besaßen, Alkohol unverzollt in die Schweiz eingeführt hatte. Es kam dann, wie schon geschildert, dazu, daß die Schwarz eine Filiale der belgischen Firma J. A. Schenk-Brüssel in Köln errichteten, und unter diesem Deckmantel dehnten sie ihre Beziehungen nach allen Seiten aus. 1919 bestand ein Konzern, der sich zusammenschloß aus der Firma Gebrüder Schwarz-Köln, den Rheinischen Spritwerken Ronheim, der Firma J. A. Schenk, Köln und schließlich der Firma Aeg. Franck, Köln. Am 21. Dezember 1919 wurden im Gebäude der Firma Schwarz die Rheinischen Spritwerke gegründet. Die Hauptgesellschafter waren der Kriegs-ausschuß für Ersatzstoffe G. m. b. H., der 3 Millionen Anteile übernahm und Peter Schwarz, der nur 160 000 Mark Anteile zeichnete. Später erhöhte

der Kriegs-ausschuß für Ersatzstoffe seine Anteile auf 8 Millionen, von denen J. A. Schenk in Brüssel 3 Millionen nominell übernahm, während der Kaufmann Warth in Köln 1,8 Millionen zeichnete.

Im April 1921 wurden dann die Rheinischen Preßhefe- und Spritwerke gegründet mit einem Kapital von 8 Millionen, das zu gleichen Teilen zeichneten Staatssekretär Busch, J. A. Schenk-Brüssel, Abgeordneter Gutsbeißer Kaulen, Kaufmann Warth und Kaufmann Auer in Köln. Im Dezember 1922 erhöhte man das Aktienkapital auf 50 Millionen, von denen 6 Millionen die Dresdener Bank erhielt, während Schenk-Köln, also Peter Schwarz, die Aktienmehrheit besaß. Die Brüder Schwarz hatten sich damals mit der Reichsmonopolverwaltung in Verbindung gesetzt und hatten ihr zugestimmt, aus Belgien 3 Millionen Liter Sprit zu liefern, da kurz nach dem Kriege der Bedarf an Alkohol sehr groß war und die Monopolverwaltung aus dem Auslande Sprit einführen mußte. Peter und Heinrich Schwarz schlugen nun vor, sich an das belgische Handelsministerium zu wenden und erklärten auch, einen Vertrag zwischen diesem und der Reichsmonopolverwaltung bezüglich Ausfuhr und Lieferung der genannten Menge Sprit beschaffen zu können. Dieser Vertrag kam tatsächlich zustande, obwohl darin stand, daß der Liter Sprit zehn belgische Franken kostete, ein Preis, der etwa 100 Proz. über den damals auf dem internationalen Markt gezahlten Freilien stand. Man hat später aus diesem Grunde den Verdacht geschöpft, daß Schwarz den belgischen Vertrag abgeändert und Zahlen eingeleitet habe, die ihm einen ungeheuren Gewinn zusicherten. Die Fachleute im Reichsmonopolamt haben gleichwohl die unglaublich hohen Lieferungsbedingungen akzeptiert, und der Sprit wurde geliefert. Die Brüder Schwarz leben nach den letzten Meldungen unangefochten in Brüssel und Paris. Im Jahre 1922 kam dann die

Gründung der Spritreinigungsanstalt

der Monopolverwaltung in Ronheim, und im Zusammenhang damit haben sich Dinge ereignet, die zunächst fast unglaublich klingen und deren Nachprüfung den ordentlichen Gerichten überlassen bleiben muß. Wie bereits gemeldet, haben die Rheinischen Preßhefe- und Spritwerke den Antrag bei der Reichsmonopolverwaltung gestellt, in Ronheim die Reinigungsanstalt zu errichten, um die Betriebe der Spritwerke gründlich auswaschen zu können. Eigenartig berührt nun, daß zunächst einmal die Verhandlungen für die Rheinischen Spritwerke größtenteils durch den Proturisten der Firma Schenk, Burghardt, geführt worden sind, und man behauptet, daß Burghardt nur seinen Namen für die Maßnahmen des Peter Schwarz hergegeben habe. Dann aber sind zahlreiche Verhandlungen zwischen den Spritwerken und maßgebenden Persönlichkeiten im Monopolamt nicht auf dem offiziellen Wege über die Dienststelle geführt worden, sondern man schrieb mit Briefen in die Privatwohnung der in Frage kommenden Herren oder verabredete Besprechungen außerhalb der Dienststelle.

Der Tod des Steinmehrs Lieklow.

Eine dunkle Tat aus dem Jahre 1919.

Tröstlose Familien- und Eheverhältnisse waren es, die den Hintergrund zu einem Prozeß vor dem Landgericht II bilden. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Dost, die Anklage vertritt Staatsanwalt Höfer, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Puppe und Dr. Mendel. Die Anklage lautet auf Mord bzw. Anstiftung dazu.

Auf der Anklagebank sitzen der 23jährige Kutcher Rudolf Schwarz, der 23jährige Arbeiter Franz Bötsch und dessen 63jährige, viel älter aussehende Mutter Anna Lieklow. Die Tat liegt sieben Jahre zurück. Damals hieß es, daß der Steinmehrs Lieklow, übrigens ein Trinker, der im Februar 1919 in einer Bluttat neben seiner Laube in Oberkornweide aufgefunden wurde, am Herzschlag und Blutungen gestorben sei. Am 3. Juli 1926 machte aber die Frau des Angeklagten Schwarz bei der Polizei eine Anzeige. Sie erklärte, ihren Mann anzusehen zu müssen, weil er sie beständig mit dem Tode bedrohe, falls sie zur Polizei gehe. Der Angeklagte Schwarz erklärte aber seinerseits vor Gericht, daß seine Frau, der er seinerzeit mitgeteilt hatte, daß er den Lieklow erschossen habe, durch ständige Drohung ihn anzusehen, ihn zu Diebstählen veranlassen habe; sie habe, trotzdem er ermerdestos war, stets von ihm Geld gefordert. Das Leben mit ihr sei so schlimm gewesen, daß er Gefängnis und Zuchthaus vorgezogen habe. Er bestritt, den Lieklow mit Ueberlegung getötet zu haben. Wenn er es in der Voruntersuchung zugegeben habe, so sei es nur geschehen, um seine Frau in die Sache als Begünstigterin mit hineinzuziehen. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hat aber Schwarz den Hergang folgendermaßen geschildert: Er sei oft Zeuge gewesen, wie Frau Lieklow durch ihren Ehemann mißhandelt wurde. Dann habe die Frau manchmal geäußert, daß es besser wäre, wenn der Mann tot wäre. Und darauf sei sie stets in den Sohn und in ihn gedrungen, sie möchten den Mann doch beseitigen. Am Tage vor der Tat habe sie ihnen dann Geld zum Kauf eines Revolvers gegeben und ihnen gesagt, daß ihr Mann sich in der Laube in Oberkornweide aufhalte. Sie seien beide hingegangen und als Franz Bötsch sich nicht habe einschließen können, zu schießen habe er es getan. Jetzt vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß Frau Lieklow zwar geäußert habe, daß es besser wäre, wenn der Mann nicht mehr da wäre, daß sie ihm jedoch nicht zugemutet habe, den Mann zu töten. Am fraglichen Tage seien sie mit Schimpfworten von Lieklow empfangen worden und darüber erobert, wollte nun Franz auf ihn schießen, worauf er ihm den Revolver entriß und den Schuß selbst abgab. Die Angeklagte Frau Lieklow machte einen bedauerlichen Eindruck. Sie ist eine abgemärrte, verarbeitete, trankige Frau, die die Ehe mit einem unwürdigen Mann zerbrochen hat. Ihr Sohn, ein nervöser Mensch, kann sich kaum des Weinens enthalten. In der Familie beider Angeklagten ist eine größere Anzahl von Geisteskranken vorhanden gewesen. Der Prozeß dauert an.

Brillantringe.

Eine Baronin unter der Anklage des Meineides.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht muß sich abermals eine Angehörige der Adelsgeellschaft, die 34jährige geschiedene Baronin Dorothea von Hellendorf aus Wilhelmshorst bei Potsdam, wegen Meineids und Begünstigung verantworten. Die Angeklagte ist die Tochter eines Generals, die mit 21 Jahren den Majoratsbesitzer Baron von Hellendorf aus Wolmirstedt an der Unstruth heiratete. Der Ehe entsprossen drei Kinder.

Nach dem Kriege wurde die Ehe geschieden, weil der Baron mit der Freiseule der Angeklagten ein Verhältnis anging. Das Majorat hat jetzt der Sohn Graf Wolf von Hellendorf, der die Angeklagte unterhält. Zahlreiche Prozesse innerhalb der Familie schweben heute noch. Eines Tages lernte die Angeklagte den Kaufmann und Juwelenhändler Karl Rägeler in Berlin kennen. Die Anklage behauptet nun, daß die Baronin von Rägeler vier Brillantringe als Pfand erhalten und diese Ringe für 1600 Mark einem Landwirt Gustav Hübenner in Wilmendorf verkauft habe. Rägeler war inzwischen zu der Baronin nach Wilhelmshorst gezogen, und zwischen beiden entspann sich alsbald ein inniges Verhältnis. Im Juni 1924 erschien ein Oberlandjäger in der Villa und verhaftete Rägeler, da dieser ein Hochstapler und vielfach vorbestrafter Mann war. Die Ringe hatte Rägeler einem

Juwelenhändler in Stuttgart unterzogen. In der Voruntersuchung gegen ihn wurde die Baronin als Zeugin vernommen, und sie beschwor dabei, daß die Ringe von ihr ordnungsgemäß für 4500 Mark gegen Abzahlung von Rägeler erworben seien. Daraufhin wurde das Hauptverfahren gegen ihn eingestellt. In Wirklichkeit sollen die Ringe aber gar nicht in ihren Besitz übergegangen sein. Sie hatte die Ringe nur von Rägeler erhalten, um dadurch von Hübenner 1600 Mark zu erlangen. Die Angeklagte bestritt, gewußt zu haben, daß Rägeler ein vorbestrafter Mann sei. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Feuer im Großkraftwerk Rummelsburg.

Heute früh, kurz nach 7 Uhr, wurden drei Böchzüge der Feuerwehr nach dem Großkraftwerk Rummelsburg alarmiert, wo in dem Kesselhaus A Feuer ausgebrochen war. Im Kesselhaus lagerten etwa 100 Säcke, die mit Isolierungsmaterialien gefüllt und in etwa drei Meter Höhe aufgestapelt waren. In der Nähe wurde mit Schweißapparaten gearbeitet, so daß vermutlich durch Funkenflug das Feuer entzündet wurde. In kurzer Zeit stand der Stapel in hellen Flammen. Es wurde aus mehreren Schlauchleitungen längere Zeit Wasser gegeben. Die Ausräumungsarbeiten gestalteten sich ziemlich schwierig. — Fast um dieselbe Zeit wurde die Feuerwehr nach der Optischen Anstalt von Herz am Schönower Städtchen gerufen. In der Vorkamer war aus noch unbekanntem Grund Feuer entzündet. Die Fabrikfeuerwehr mit Unterstützung der Zehlendorfer Berufsfeuerwehr löschte den Brand, ehe er größere Ausdehnung gewinnen konnte.

Auf der Flucht angeschossen.

Drei Eindreher hatten es in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr auf das Schirmeschießfeld von Rummelsburg in der Potsdamer Straße 7 abgesehen. Sie hatten bereits das Schaulustner zertrümmert und aus den Auslagen einen Schmuckkasten mit zehn Spatierstöcken herausgeholt, als ein Oberwachmeister auf sie aufmerksam wurde. Als die Eindreher sich bedroht sahen, verzichteten sie auf weitere Beute, warfen auch die Stöcke weg und ergriffen die Flucht. Der Beamte verfolgte sie durch mehrere Straßen, gab endlich, als sie auf wiederholte Anrufe nicht standen, einen Schuß ab, traf einen von ihnen und konnte diesen jetzt festnehmen, während die beiden anderen entkamen.

Wohltätigkeitsvorstellung am Wedding. Zum Besten der Bezirksarmen der 314 B. Wohltätigkeitskommission fand im Mercedes-Palast, Utrechter Straße, eine Wohltätigkeitsvorstellung statt. Zuerst sollte ein Film über eines Jirkusindes Leiden und Freuden, dann gab man einen Sketch (Titel unbekannt), gespielt von Erich Kaiser-Lieh, der als „Anti-Kälte“ gedacht war. Leider verfiel er aber infolge seiner gute Absicht, als das Thema — ein Vater entbrennt in strahlender Liebe zu seiner Tochter (Dedipus ungeheures Verdragen) — tatsächlich ein Stück ärgerlicher „Groiden-Literatur“ darstellte, so daß sich ein großer Teil des Publikums — und dies mit volstem Recht — dem vermeintlichen „Festor“ in heftigsten Mißfallsbezeugungen angeschlossen. So was muß natürlich gelächelt angefaßt werden, wenn es seinen Zweck erreichen soll. Zum Schluß sang der Meinetische Männerchor hübsche Weisen. Der Zweck heiligt ja schließlich die Mittel, und wenn der Ertrag des Abends den Bedürftigen zugute kommt, so sei über alle etwaigen „Entgleisungen“ der Schleiher der Nächstenliebe gebreitet!

Selbsthilfe gegen Schand und Schmutz. Die Eltern werden auf die Weihnachtsgeschichte und Spielplatzstellungen der weiblichen Schulen in Norden Berlins hingewiesen. Die Ausstellungen finden in folgenden Schulen statt: Im Bezirk Wedding in der 28. Gemeindefschule, Gothenburger Straße, 244. Gemeindefschule, Banstr. 20/21, Ecke Wiesenstraße, 262. Gemeindefschule, Lütlicher Straße 4, am 10., 11. und 12. Dezember täglich von 5 bis 8 Uhr. Außerdem Sonntag, den 12. Dezember, von 11 bis 3 Uhr. Im Bezirk Reinickendorf-West in der 9. Gemeindefschule, Augusta-Viktoria-Allee 37, am 9., 10., 11. und 12. Dezember von 4 bis 6 Uhr und 5 bis 10 Uhr.

Von Megelegern wurde gestern abend eine 16 Jahre alte Hausangestellte Frida Kube aus der Lauragener Straße 17 angefallen und beraubt. Als das Mädchen vom Bahnhof Jungfernheide her auf dem Heimwege die Gasse der Bräse- und Kammerstraße erreicht hatte, sprangen zwei junge Burken von etwa 18 Jahren an sie heran, raubten ihr die Geldbörse mit 12 M., entflohen damit nach dem Laubengelande an der Oberstraße und gefamen.

Gegen die Ueberstundenschieber.

Die arbeitslosen Mitglieder des Verkehrsbandes.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Verkehrsbandes hatte zu Dienstag mittag ihre arbeitslosen Mitglieder nach dem Gewerkschaftshaus zu einer Versammlung eingeladen. Der Versammlungsbefuch war so stark, daß bereits vor der Versammlungseröffnung der geräumige Saal überfüllt war und viele Teilnehmer in den Nebenräumen Platz nehmen mußten.

Der Bezirksbevollmächtigte, Genosse Ortman, verwies zunächst darauf, daß alle Maßnahmen, die von den Gewerkschaften im Verein mit den Behörden ergriffen werden, das Unternehmertum mit seinen Rationalisierungsbestrebungen im Handumdrehen zunichte macht.

Sind andere Mittel werden daher angewandt werden müssen. Eine der wichtigsten Forderungen ist, den Arbeitstag in seiner Stundenleistung wesentlich herabzusetzen. Ein achtstündiger Arbeitstag ist nach Lage der Verhältnisse zu hoch. Es muß auf eine weitere Verkürzung der Tagesarbeitsstunden gedrängt werden.

Die Arbeiterchaft müsse sich zunächst selbst helfen. Eine geringe Besserung würde auch jetzt schon zu erreichen sein, wenn die im Arbeit stehenden Kollegen dafür eintreten würden, daß die Ueberstundenarbeit Eindämmung bekäme. Aus dem Material einer Umfrage der Ueberstundenarbeit in den Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes geht hervor, daß an Ueberstundenarbeit das zulässige Maß weit überschritten wird. Es gibt Betriebe, wo neben der regulären Wochenarbeitszeit die gleiche Stundenzahl an Ueberarbeit geleistet wird. Solche Zustände müssen als unhaltbar bezeichnet werden und wirken aufreizend.

Die Organisation wird alle Mittel anwenden, um die Ueberstunden einzudämmen. Sie ist bereit, ihre Mitglieder nachdrücklich zu schützen, die gewillt sind, mit ihr den Kampf gegen die Ueberstundenarbeit anzunehmen.

Sodann verwies Ortman auf die Einführung einer Wochenbeitragskarte für die arbeitslosen Mitglieder. Es werden von der Bezirksverwaltung Beitragsätze von 10, 15 und 20 Pf. vorgeschlagen. Bei Annahme dieses Antrages würden dann die bisherigen beitragsfreien Karten in Fortfall kommen.

Die folgende Diskussion gestaltete sich sehr ausgedehnt. Fast sämtliche Redner erkannten die Ausführungen des Bezirksleiters als richtig an. Ganz besonders scharf wurde Stellung gegen die Ueberstundenschieber genommen und von der Organisation die schärfsten Gegenmittel gegen solche Verbandmitglieder gefordert. Auch einige „Oppositionelle“ glaubten diese Gelegenheit für ihre Tiraden gegen einzelne Gewerkschaftsführer ausnützen zu können. Erfolgreicherweise fielen diese Redner bei den Versammelten glatt ab. Im Deutschen Verkehrsband können die dunklen Gewerkschaftsunterminister keinen Boden gewinnen. Ihre Rolle gilt als ausgespielt.

Der Antrag für die Schaffung von Arbeitslosenwertmarken zum Preise von 10, 15 und 20 Pf. wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Genosse Fromke berichtete sodann über die Beschlüsse des Bundesvorstandes und der Bezirksverwaltung, in denen zum Ausdruck kommt, den arbeitslosen Mitgliedern zu Weihnachten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im einzelnen detailliert und unter Beobachtung der Bezugsberechtigung betrogen diese Sätze aus Mitteln:

	der Hauptklasse	der Ortsklasse
Nach einer Beitragsleistung von 60—180 Wochenbeiträgen	15 M.	10 M.
181—500	20	12
über 500	25	15

Mit der Auszahlung dieser Unterstützung wird bereits am Donnerstag, den 16. Dezember, begonnen werden.

Die Versammlung gab den Beweis dafür, daß die arbeitslosen Verbandmitglieder den festen Willen haben, gemeinsam mit ihrer Leitung an einer Besserung ihrer Lage zu arbeiten.

„Unentragliche Zustände.“

Mit dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 491 des „Vorwärts“ eine Zuschrift über den Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin ließ uns hierzu eine Neuherausgabe des Landesarbeitsamtes der Stadt Berlin zugehen, die wir leider erst jetzt zum Abdruck bringen können.

Nach § 13 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 ist die Unterstützung u. a. zu verweigern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgemessene Arbeit anzunehmen, für die nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird.

Da nach § 2 Abs. 1 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 die öffentlichen Arbeitsnachweise bei der Durchführung von arbeitslosen Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose mitzuwirken haben, sind auch die Fachabteilungen beim Landesarbeitsamt verpflichtet, von Arbeitsverweigerungen eines Erwerbslosen dem zuständigen Bezirksarbeitsamt Anzeige zu erstatten. Ob dem betreffenden Erwerbslosen die Unterstützung zu entziehen ist, hat nach

§ 27 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge der Vorsitzende des Bezirksarbeitsamtes zu entscheiden, gegen dessen Entscheidung nach § 29 a. a. O. der Einspruch beim Verwaltungsausschuß des Bezirksarbeitsamtes gegeben ist. Das Landesarbeitsamt hat nicht das Recht, bei der Entscheidung mitzuwirken.

Der der Beschwerde des Deutschen Holzarbeiterverbandes zugrundeliegende Tatbestand ist folgender:

Der Bürstenmacher Herr B hat am 4. dieses Monats eine ihm zur Holz- und Bürstenindustrie G. m. b. H. nachgewiesene Arbeit nicht angenommen, weil ihm die gebotene Entlohnung nicht als angemessen erschien. Der Arbeitsnachweis, in diesem Falle die Fachabteilung für die Holzindustrie, mußte die Arbeitsverweigerung pflichtgemäß dem zuständigen Bezirksarbeitsamt Weisungen melden.

Nach vor dem Abschluß der Prüfung dieses Falles ging am 12. dieses Monats beim Verwaltungsausschuß des Bezirksarbeitsamtes Weisungen eine Beschwerde des Deutschen Holzarbeiterverbandes ein. Der Vorsitzende des Bezirksarbeitsamtes Weisungen gewährte bis zur Entscheidung des Verwaltungsausschusses Herrn B. die Unterstützung weiter. Der Verwaltungsausschuß beschloß am 21. dieses Monats ebenfalls Weitergewährung der Unterstützung. Das Landesarbeitsamt Berlin selbst ist mit der Angelegenheit nicht befaßt worden.

In Wirklichkeit ist danach dem genannten Erwerbslosen die Erwerbslosenfürsorge überhaupt nicht entzogen worden.

Hierzu sei bemerkt: Für die Bürstenindustrie besteht zwar kein Tarif, wohl aber haben sich betriebliche Vereinbarungen für die Bezahlung der Akkordarbeit herausgebildet, die für den gelehrten Arbeiter einen Stundenverdienst von etwa 80 Pfg. bis 1 M. ergeben. Dem Bürstenmacher B. kot die Holz- und Bürstenindustrie G. m. b. H. einen Lohn, der sich auf etwa 30 bis 40 Pfg. pro Stunde belaufen, also die Hälfte des üblichen Verdienstes betragen hätte. Weil B. sich weigerte, zu diesem Schundlohn zu arbeiten, deshalb sollte ihm die Erwerbslosenfürsorge entzogen werden. Der Antrag auf Entziehung wurde ohne Prüfung des Falles weitergeleitet. Nur dem sofortigen Eingreifen des Holzarbeiterverbandes ist es zu danken, daß in diesem Falle von der Entziehung der Unterstützung abgesehen wurde.

Lohnbewegung im sächsischen Transportgewerbe.

Dresden, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Unternehmer im sächsischen Transportgewerbe haben zum 31. Dezember sowohl die Lohn- wie auch die Rantektorife gekündigt. Die Verhandlungen, die am getrigen Tage zwischen den Parteien, mit Ausnahme des Besirkes Chemnitz, stattfanden, führten nur in den wenigsten Punkten zu einer Verständigung. Beide Parteien kamen überein, über die strittig gebliebenen Positionen vor einem Schiedsgericht weiter zu verhandeln.

Bewegung der Transportarbeiter in Frankfurt a. M.

Für das Handelsgewerbe und das Transportgewerbe wurden am 4. und 6. Dezember Schiedsprüche gefällt. Die Mitglieder des Verkehrsbandes haben sowohl dem Schiedspruch für Transportgewerbe, der eine Lohnerhöhung von 38.50 auf 42.50 M. Wochenlohn bedeutet, als auch dem Schiedspruch für das Handelsgewerbe, der eine Lohnerhöhung von 36 auf 38 M. Wochenlohn bedeutet.

Die Versammlung beschloß jedoch gleichzeitig, für den Fall, daß die Arbeitgeber diese Schiedsprüche ablehnen, in den Streik zu treten. Die Arbeitgeber haben die beiden Schiedsprüche trotzdem abgelehnt, während der Verkehrsband beantragt hat, sie für verbindlich zu erklären.

Die „Reform“ des englischen Gewerkschaftsrechts.

Die als Verschlechterung gedachte „Reform“ des englischen Gewerkschaftsrechtes scheint doch nicht so ohne weiteres zu machen zu sein. Der amtliche Rundbrief berichtet bereits vor der Kabinettsfassung, die sich damit befahte, „in unterrichteten Kreisen werde betont, daß noch kein Gesetzentwurf vorliege, sondern daß es sich vorläufig nur um die Festlegung der Hauptgrundsätze handele. Die Revision des Gewerkschaftsrechtes werde in Regierungskreisen als eine sehr schwierige und heikle Angelegenheit betrachtet, die die reichlichste Ueberlegung erfordere, da es sich um die Grundlagen des englischen Industriesystems handele.“

Heute gibt die folgende Meldung des „Daily Telegraph“ wieder: In der gestrigen Kabinettsfassung, die sich, wie angekündigt, mit der Frage einer Reform des Gewerkschaftsrechtes beschäftigte, ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Die Regierung ist aber grundsätzlich der Ansicht, daß der Generallstreik vom Mai die Notwendigkeit einer Änderung des Gewerkschaftsrechtes erwiesen hat. Wie die „Morning Post“ wissen will, hat sich die Regierung für grundlegende

Reformen bei einigen Kabinettsmitgliedern abgelehnt. Die Vorlage über Abänderung des Gewerkschaftsrechtes werde also den Erwartungen der Konservativen kaum entsprechen.

Der Kampf in der Antwerpener Diamantindustrie.

Wie TL. meldet, ist der Beschluß der Juweliersvereinigung, eine allgemeine Aussperrung durchzuführen, nur teilweise befolgt worden. Viele Fabriken arbeiten ruhig weiter. Von 13 500 Arbeitern sind nur zirka 3500 ausgesperrt worden. In Antwerpener Diamantkreisen wird den Antwerpener Vorgängen nur geringe Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß der Streik in kurzer Zeit beigelegt sein wird.

Zwischen der Juweliersvereinigung und den Diamantarbeitern kam es am Mittwoch zu Vorverhandlungen.

Der Konflikt im tschechoslowakischen Kohlenbergbau.

Prag, 9. Dezember. (TL.) Die Sonderkonferenz der Bergarbeiter am Mittwoch hat die Kundgebung der koalitierten Verbände, in der die Antwort der Unternehmer als Provokation der Bergarbeiter bezeichnet wird, bestätigt. Diese sei um so herausfordernder, als die Mehrheit der Unternehmer in den letzten Monaten aus der guten Kohlenkonjunktur bedeutende Gewinne gezogen habe. Die Konferenz stimmte dem Vorgehen der koalitierten Verbände und der Durchführung der Forderung nach Teuerungszulagen zu und bevollmächtigte die koalitierten Verbände zur Fortführung der Lohnkämpfe.

Neue Streitkette in Polen.

Warschau, 8. Dezember. (TL.) Die Lage im Dombrowaer Kohlengebiet hat sich erneut verschärft. Ein Streik scheint nicht mehr zu verhindern zu sein. Gleichzeitig kommen aus dem Petroleumbereich Meldungen über Arbeiterausstände. In den Raffinerien in Ostgalizien streikten bereits 2000 Arbeiter. In Warschau ist ein Bäckerstreik gegen die Nacharbeit ausgebrochen. Von 6 Uhr abends an wird in den Bäckereien nicht gearbeitet. Abgeladene der Bäcker, die nachprüfen gingen, ob auch überall die Bäcker solidarisch sind, wurden als „Demonstranten“ von der Polizei verhaftet.

Die Farbigen suchen Anschluss.

Die Afrikanische Union der Industriearbeiter und -angestellten, die Organisation der farbigen Arbeiter in Afrika mit 40 000 Mitgliedern, hat den Anschluss an den Internationalen Gewerkschaftsbund nachgesucht. Die Entscheidung über das Gesuch wird in der Ausschussung des Bundes im Januar fallen.

Aus der Partei.

Der Fall Gruener. In Deutschösterreich haben die von unseren Genossen enthaltene christlich-sozial-großdeutschen Korruptionisten oder Staatsgeldverschleudern mit einer wilden Kampagne gegen die Sozialdemokratie geantwortet. Dabei ist herausgekommen, daß der sozialdemokratische Tiroler Landtagsabgeordnete Dr. Gruener — wie er selbst zugegeben hat — im Begriffe war, ein Schloß in Italienisch-Tirol zu kaufen, dorthin zu ziehen, italienischer Staatsbürger zu werden — kurz, die Führerschaft in der Arbeiterpartei Nordtirols mit einem ruhig-behaglichen Schloßherrenleben als freiwilliger Mitsbürger der Faschisten zu vertauschen. Da dieser Kauf jedoch nicht zustande kam, hat Gruener ein anderes Schloß in Nordtirol gekauft. Nicht der Besitz, aber diese Verwendung so großer Geldmittel durch einen öffentlich tätigen Vertrauensmann der Arbeiterpartei hat starke Mißstimmung unter den Genossen hervorgerufen. Der Landesparteitag in Innsbruck hat ihr auch Ausdruck gegeben, aber Gruener im Besitz seiner Parteiämter gelassen. Dem Parteivorstand in Wien genügte diese Erledigung nicht und er berief die Parteivertretung zur Entscheidung. Dort hat nun Dr. Gruener erklärt, daß er sich entschlossen habe, sofort sein Bundesratsmandat niederzulegen und auf seine Funktionen als Landtagsabgeordneter und Landeshauptmannstellvertreter nach Beendigung der gegenwärtigen Tiroler Landtagsession zu verzichten. Die Parteivertretung nahm Grueners Erklärung zur Kenntnis und erklärte die Angelegenheit damit für erledigt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Gerner; Wirtschaft: Erich Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: J. H. Schiller; Lokales und Sonstiges: Erik Rehnardt; Anzeigen: Th. Glode; Familien in Berlin: Berlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Bezugsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

ZAHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis. Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Volks-Film-Bühne

NEUKÖLLN, BERGSTRASSE 147

Der Sohn der Berge

Des großen Erfolges wegen die 3. Woche verlängert. / Spieltage: Freitag, den 10. Sonnabend, den 11., Anfang 7 und 9 Uhr. Sonntag, den 12., Anfang 5, 7 und 9 Uhr.

Dr. Bernard's Buchenerwein
 gesetzlich geschützt — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Nieren- und Darmkrankungen
 Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinbefindens. Abnahme des Hustens.
 Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
 Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegründet 1858.
 Bestandteile: Destillat des Buchenters 16, Alkohol 22,0, Enzian 4,0, Pomeranzenschale 4,0, Weißw. 1,50, Sirup 45,0 p

BONGS GOLDENE KLASSIKER-BIBLIOTHEK
NEUE BILIGE PREISE
 Jeder Ganzleinenband 3 M
 Jeder Ganzlederband 6 M
 Goethe 5 Bde., E. T. A. Hoffmann 7 Bde., Schiller 5 Bde., Heine 5 Bde., Keller 5 Bde., Lessing 4 Bde., Storm 3 Bde., Reuter 5 Bde., Shakespeare 5 Bde. u. a. m.
 Anerkannt wertvolle Ausgaben Belle Friedens-Ausgaben Holzfreies Papier-Licht Goldprägung
 Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
 vorm. Vorwärts-Buchhandlung
 Berlin SW. 68, Linden-Strasse 2.

Der vorteilhafte FREITAG bei
 An jedem Freitag besonders günstige Angebote an allen Stofflägern, dazu meine preiswerten Reste und Einzelpaare
 Unter anderem am 10. Dez. auch:
 Damen - Handschuhe - Marke „Cordiana Extra“, best. Wildleder-Linse, mit zwei Druckknöpfen... 1,40
 Damen-Strümpfe - Marke „Cordiana“, Wolle mit künstlich. Seide oder reine Wolle... 4,50
CORDS
 DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN
 Leipziger-Ecke Charlottenstrasse

ÖFEN
 Gegen 12 Monatsraten
Raddatz
 Berlin, Leipziger Str. 122-123